



Ministerium für Verkehr
Baden-Württemberg

📅 31.01.2020

VERKEHRSPOLITIK

Gute Vorsätze 2020: Baden-Württemberger wollen Verkehrswende



📷 pixabay_2123969_1920

Winfried Hermann: Immer mehr Bürger sehen die Notwendigkeit einer nachhaltigen Verkehrspolitik

Auch 2019 hat das Verkehrsministerium Baden-Württemberger zu ihren verkehrspolitischen Einstellungen befragt. „Die aktuellen Umfrageergebnisse bestätigen, dass die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, für eine umwelt- und klimafreundliche Mobilität Veränderungen zu akzeptieren. Das ermutigt mich, weiter mit vollem Einsatz die dafür notwendige Verkehrswende zu gestalten“, so Verkehrsminister Winfried Hermann, MdL, am 31. Januar 2020.

Um die für das Jahr 2030 gesetzten Klimaziele im Bereich Verkehr zu erreichen, ist es u.a. nötig, die Fahrgastzahlen im öffentlichen Verkehr in Baden-Württemberg zu verdoppeln. Dies befürworten 79

Prozent der Befragten, ähnlich viele wie die Forderung nach einem Drittel klimaneutral angetriebener Autos bis 2030 (78 Prozent). Eine überwiegende Mehrzahl hält es für angebracht, aus Klimaschutzgründen mehr Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückzulegen (86 Prozent), und für 94 Prozent hat eine gute Verkehrspolitik zum Ziel, dass das Klima und die Umwelt geschützt werden. 84 Prozent der Befragten wünschen sich, dass die Ordnungsbehörden konsequenter gegen das Parken auf Gehwegen und an Kreuzungen vorgehen. Von hundert Baden-Württembergern wären außerdem 79 bereit, eine neue Abgabe in Kauf zu nehmen, wenn damit das Nahverkehrs-Angebot in Städten und im Ländlichen Raum deutlich ausgebaut wird. 2017 waren es erst 66 Prozent.

Diese Ergebnisse zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger eine klima- und umweltschonende Verkehrspolitik befürworten. „Es freut mich, dass die Menschen in Baden-Württemberg die für die Erreichung der Klimaziele notwendige Verkehrswende unterstützen“, so Hermann. „Wir sehen uns darin bestätigt, den Umweltverbund, also den Rad-, Fuß- und öffentlichen Verkehr, weiter auszubauen. Dafür müssen wir insbesondere die Verkehrsflächen in den Städten neu aufteilen und den Rechtsrahmen für Mobilität nachhaltiger machen.“ Laut der Umfrage sprächen sich heute 81 Prozent der Frauen und 73 Prozent der Männer dafür aus, dass eine gute Verkehrspolitik darauf ausgerichtet sein sollte, dass der Autoverkehr insgesamt weniger wird. Gerade bei der Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs sei das Land dabei aber auch auf die Kommunen angewiesen, die für einen großen Teil des öffentlichen Personennahverkehrs sowie für den örtlichen Rad- und Fußverkehrs zuständig sind.

Ähnliche Befragungen wurden bereits in den Jahren 2015 und 2017 durchgeführt, sodass bei einzelnen Fragen Einstellungsänderungen ermittelt werden können. Interessant sind z.B. folgende Veränderungen:

- 2019 halten es noch 67 Prozent für einen Bestandteil einer guten Verkehrspolitik, dass man im Auto schneller ans Ziel kommt (2017: 77 Prozent).
- Während 2017 75 Prozent der Befragten dafür waren, dass die Ordnungsbehörden konsequenter gegen das Parken auf Gehwegen und an Kreuzungen vorgehen, sind es 2019 bereits 84 Prozent.
- Eine deutliche Veränderung gibt es auch bei der Forderung, die Parkgebühren in Städten sollten erhöht werden, wenn die Einnahmen in den Ausbau von Bus und Bahn fließen (2017: 39 Prozent; 2019: 52 Prozent).
- Die Einführung einer City-Maut, also einer Gebühr für die Fahrt in die Stadt (nur Großstädte), wird mittlerweile von fast der Hälfte aller Befragten befürwortet, mit deutlich steigender Tendenz (2017: 35 Prozent; 2019: 46 Prozent).

Im letzten Quartal 2019 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 1002 Personen ab 16 Jahren vom Forsa-Institut (Berlin) zu ihren Einstellungen zur Verkehrspolitik befragt.

Die Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsbefragung in Baden-Württemberg finden Sie [hier](#) sowie als Präsentation dargestellt: [Präsentation Teil 1](#)/[Präsentation Teil 2](#)